

DER VORSITZENDE

Ratsfraktion der Hansestadt Stendal
CDU / Landgemeinden

Ratsfraktion der Hansestadt Stendal
CDU/Landgemeinden Bismarckstraße 19 39576 Stendal

Thomas Weise
Stadtratsvorsitzender
Hansestadt Stendal

Ratsfraktion der Hansestadt Stendal
CDU / Landgemeinden
Bismarckstraße 19
39576 Hansestadt Stendal
Tel: 03931 / 21 20 91
Fax: 03931 / 79 49 60
cdu-fraktion-stendal@t-online.de
www.cdu-stendal.de

Hansestadt Stendal, 19.02.2018

Sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender,

ich bitte Sie, die notwendigen Schritte einzuleiten, damit den Stadtrat nachfolgender Beschlussvorschlag in der nächsten außerordentlichen / ordentlichen Stadtratssitzung erreicht.

Der Stadtrat möge über die

Durchführung einer Bürgerbefragung

gemäß § 28 Abs. 3 KVG LSA und § 19 der Hauptsatzung der Hansestadt Stendal (Text siehe Anlage) beschließen.

Mit freundlichen Grüßen


Hardy Peter Güssau
Fraktionsvorsitzender

**Durchführung einer Bürgerbefragung gemäß § 28 Abs. 3 KVG LSA
und § 19 der Hauptsatzung der Hansestadt Stendal**

Der **Beschlussvorschlag** lautet:

1. Der Stadtrat der Hansestadt Stendal beschließt die **Durchführung einer Bürgerbefragung** gemäß § 28 Abs. 3 KVG LSA und § 19 der Hauptsatzung der Hansestadt Stendal.

2. Die Fragestellung dazu lautet:

Sind Sie der Auffassung, dass durch die Realisierung der geplanten Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung mit bis zu 1000 Plätzen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Stendal eine Gefährdung des sozialen Friedens in der Hansestadt Stendal eintreten wird?

3. Die Fragestellung hat so zu erfolgen, dass sich Bürgerinnen und Bürger mit „Ja“ oder „Nein“ entscheiden können.

4. Die Befragung ist im schriftlichen Verfahren innerhalb von 4 Wochen durchzuführen.

5. Das Ergebnis der Bürgerbefragung ist im Amtsblatt unverzüglich öffentlich bekannt zu machen.

6. Nach der Bürgerbefragung entscheidet der Stadtrat erneut durch Beschlüsse, wie mit dem Ergebnis der Befragung weiter umgegangen wird.

Begründung:

Die Ratsfraktion CDU/Landgemeinden vertritt die Auffassung, dass der Betrieb der geplanten Erstaufnahmeeinrichtung (LAE) mit bis 1000 Plätzen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Stendal in unserer dünnbesiedelten Region eine Fehlentscheidung ist.

Wir schätzen die Integrationskraft, die eigenen Ressourcen der kommunalen Einrichtungen und das vorhandene zivilgesellschaftliche Engagement so ein, dass diese durch die Inbetriebnahme dieser großen Erstaufnahmeeinrichtung überfordert sind.

Durch den geplanten Betrieb der Einrichtung sieht die Ratsfraktion CDU/Landgemeinden daher den sozialen Frieden in der Hansestadt Stendal als gefährdet an.

Wir sind aufgrund der zahlreichen an die Ratsfraktion gerichteten Anfragen davon überzeugt, dass in der Bürgerschaft in Bezug auf die geplante Einrichtung viele Ängste und Vorbehalte existieren.

Wir sind als Stadträte der Auffassung, dass wir diese Irritationen ernst nehmen müssen und darum ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger zu befragen und zu beteiligen.

Das Ergebnis dieser Bürgerbefragung soll die Forderungen der Hansestadt Stendal gegenüber der Landesregierung zur Wahrung des sozialen Friedens in der Hansestadt Stendal unterstützen.